

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

152 (5.7.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 % Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abtagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 ¢. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restameile 2.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Zur Konferenz in Spa.

Brüssel, 4. Juli. Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simonis äußerte sich heute vormittag einigen ausländischen Pressevertretern über die bevorstehende Konferenz. Er erklärte u. a.: Nach dem Vertrage von Versailles sei der Vertrag den Deutschen als Wiedergutmachung zu leisten hätte, im Mai 1921 festzusetzen, aber wie die Dinge lagen, könnten weder Deutschland noch die Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Festsetzung vernünftiger Budgets unmöglich sei. Die internationale Zusammenkunft vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden könnte, schon jetzt zu einer Einigung zu kommen. Von einem Pressevertreter gefragt, ob Deutschland bestimmte Vorschläge mitbringe, erwiderte der Minister, eine bestimmte Summe zu nennen, die Deutschland unter allen Umständen bezahlen könne, sei ausgeschlossen. Aber wenn es durch eingehende, freimütige, mündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. Der Minister bemerkte, er habe Gelegenheit gehabt, zu studieren, in welchem Umfange Deutschland in der Lage sei, den Vertrag von Versailles zu erfüllen. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was Deutschland seiner Ansicht nach erfüllen könne. Der Minister erklärte zum Schlusse seiner Darlegungen, daß es der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

Brüssel, 4. Juli. Späts. In der zweiten Sessung der Konferenz, in der Belgien, England, Frankreich, Italien und Japan vertreten waren, wurde beschlossen, nur diejenigen Fälle in Betracht zu ziehen, bei denen offensichtlich über die Wille Deutschlands vorliege. Lord George wird diesen Bericht am Montag in der ersten Sitzung namens der Alliierten der deutschen Delegation zur Kenntnis bringen. Der Oberste Rat setzte die Tagesordnung für die Konferenz von Spa fest. Danach sollen folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen: Entschädigung, Wiedergutmachung und Kohlen. Vor ihrem Ausgehen ergriff die Brüsseler Konferenz eine Note der Wiedergutmachungskommission betr. die nichtausgeführten Kohlenlieferungen. In dieser Hinsicht wurde festgestellt, daß Frankreich das volle Recht auf die Kohlenlieferung als Entschädigung erhält.

Teuerungskundgebungen.

Wien, 3. Juli. Gestern nachmittag kam es hier zu einer Kundgebung gegen die Teuerung der Lebensmittel. In einer Versammlung auf dem Marktplatz wurde beschlossen, die Lebensmittelpreise auf die Hälfte der Preise herabzusetzen und diesen Beschluß den Händlern sofort mitzuteilen. In einem Geschäft wurden Lebensmittel zu den um 50 Prozent herabgesetzten Preisen von den Demonstranten selbst verkauft. Zur Aufhebung ist es noch nicht gekommen.

Wien, 3. Juli. In Wien kam es heute laut Abendblättern auf dem Marktplatz auf dem Winterfeldplatz zu Kundgebungen der Käufer. Markstände wurden umgeworfen und dann das Obst auf dem Boden gestreut. Mannheim, 3. Juli. Eine Demonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise abzugeben, dagegen Eingaben wegen Herabsetzung der Preise zu machen. Sollten diese keine Wirkung haben, werden die Funktionäre der hiesigen Gewerkschaften in einer gemeinsamen Sitzung in Karlsruhe zur Preisbildung für alle Bedarfsgegenstände Stellung nehmen.

Rückgang der Preise.

Freiburg, 3. Juli. Der jeden Samstag stattfindende Hauptwochenmarkt auf dem Münsterplatz stand heute unter dem Zeichen eines ungewöhnlichen Preisrückgangs. Angehörige linksstehender Parteien, sowie die dem Gewerkschaftsverband der Eisenbahner nahestehenden Persönlichkeiten gingen nach Eröffnung des Marktes von Stand zu Stand, und setzten unter Hinweis auf die ruckartig sinkende Teuerung, die Preise für Händler und Käufer fest. Die Folge war, daß man das Pfund Äpfel für 1 M. (bisher 2 bis 2.50), Johannisbeeren für 70 Pf., Bohnen für 80 Pf., einen Salatopf für 25 Pf. kaufen konnte. Die Preise bewegten sich durchschnittlich auf der Hälfte des bisher geforderten. Der so jäh unterbundenen Wucher für Obst und Gemüse ließe bei den einkaufenden Hausfrauen natürlich eine tiefe Befriedigung aus. Vereinzelt haben Bäcker und Händler gedroht, den Wochenmarkt vollständig nicht mehr zu besuchen.

Konstanz, 5. Juli. In einer Besprechung des Oberbürgermeisters mit den Vertretern der Erzeuger- und Händlervereinigungen über den Abbau der Preise erklärten die Vertreter der einzelnen Geschäftszweige übereinstimmend, daß sie schon in den letzten Wochen die Preise herabgesetzt hätten, und daß sie bereit seien, jetzt die Preise noch weiter herabzusetzen, obwohl sie dann zum Teil ihre Waren mit Verlust abgeben müßten. Für die Hauptwarenzweige sollen Ausschüsse gebildet werden, um die Preise festzusetzen.

Wien, 5. Juli. Der Vizepräsident des Reichsrates hat die Anordnung des Bürgermeisters vom 1.20 M. und das Pfund Kartoffeln 31 Pf.

Mannheim, 5. Juli. Die Milchlieferanten beschlossen, künftig die Milch für eine Mark den Liter abzugeben. Laubersheim, 5. Juli. In Anbetracht der Demonstrationen in Karlsruhe, wofür wir berichtet, beabsichtigen die Arbeiter auch hier gegen die Lebensmittelpreise zu demonstrieren. Unter der Bauernschaft erregte diese Mitteilung große Beunruhigung und einige führten auf einem Wagen 22 nicht geladene Gewehre heron. Die Mittermeldung, wonach auch Maschinengewehre ausgefahren werden seien und es sich weiter um über 200 geladene Gewehre gehandelt habe, wird uns als unrichtig bezeichnet. Wälderwäldchen kam es aber zu keinen Zwischenfällen; die Demonstration verlief ruhig. Die Laubersheimer Demonstranten kamen mittags 2 Uhr hier an und begaben sich unter Aufsicht zum Marktplatz; hier wurde zunächst verlangt, daß der Lagerverwalter Kopf seine Kemer niederlege, weil er angeblich die Bauern zur Bewaffnung aufgefordert hat.

Was die Lebensmittelpreise anlangt, so einigte man sich, daß das Pfund Fleisch 6 M., das Brot nur noch 2.50 M., Eier das Stück 1 M., die Milch 1.20 M. und der Zucker 1.60 M. kosten solle. Der Preis für das Pfund Butter und den Zentner Kartoffeln soll 15 Mark betragen.

Skandalöse Getreideverkäufe nach dem Ausland.

Die „Münchener Post“ bringt eine Aufsehen erregende Meldung, daß in verschiedenen Gegenden Bayerns das auf dem Felde stehende Getreide von Ausländern zu selbst jetzt ungewöhnlich hohen Preisen gekauft werde. Das Blatt verlangt, daß die Regierung sofort Bestimmungen trifft, wodurch derartige Käufe aufgehoben und das Getreide für die heimische Bevölkerung erhalten bleibt. Den in Betracht kommenden Landwirten muß klargemacht werden, in welcher schlimmen Situation das Land und damit sie selber kommen, wenn durch den Getreideverkauf auf dem heimischen Markt außer Landes geht und dem Inlande entzogen oder wenn durch diese Manipulationen die Preise künstlich hochgetrieben werden.

Die Beratungen über den 10% igen Lohnabzug.

Berlin, 3. Juli. Aus den Beratungen des ständigen Ausschusses des Reichstages kann als allgemeine Auffassung festgestellt werden, daß mit Ausnahme der Unabhängigen keiner Fraktion der § 45 des Einkommensteuergesetzes (Erhebung der Steuer an der Quelle) beipflichtet worden sei, dagegen dessen scholonenhafte Anwendung. Es soll verüht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrages in einer der Steuerleistung nachkommenden Höhe eine Erleichterung des Abzuges herbeizuführen. Demgemäß könnte der feste Satz von 10 Prozent nicht unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einer Beschränkung ist es übrigens noch nicht gekommen. Die Angelegenheit wurde dem Ausschuss überwiesen.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Magdeburg nimmt die Bewegung gegen den 10prozentigen Steuerabzug einen immer größeren Umfang an. Hier wird eine lebhafteste Propaganda zu einem Generalstreik wegen des Steuerabzuges betrieben. Die Bergarbeiter des Mansfelder Bezirkes sind in den Aufstand getreten und wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis die 10prozentigen Steuerabzüge aufgehoben werden. Einer Kölner Depesche zufolge hat der Oberbürgermeister Aemmer in einem Telegramm an den Reichspräsidenten dringend gebeten, infolge des Anstehens des 10prozentigen Lohnabzuges mit allen Mitteln auf eine Beschränkung der Preissteigerung hinzuwirken, um der bei den Arbeitern und Angehörigen bestehenden gesteigerten Erregung infolge des Steuerabzuges zu steuern.

Sozialdemokratische Redakteure unter französischer Kriegeshaft.

Wiesbaden, 4. Juli. Der von den Franzosen am Dienstag verhaftete Redakteur Lindig von dem hiesigen sozialdemokratischen Parteiorgan, der „Volksstimme“, ist vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Franzosen konnten offenbar mit bestem Willen kein Befragungsmaterial für ihn finden. Dagegen ist der hiesige Landtagsabgeordnete Schildbach, der früherer Leiter der sozialdemokratischen „Volksstimme“, der am Dienstag bei einem Besuch in Wiesbaden aus unbekanntem Grund verhaftet wurde, noch nicht wieder freigelassen worden. Er war seinerzeit aus Mainz ausgewiesen worden.

Der Redakteur Kallenbach von der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Höchst a. M. wurde von dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu 16 Tagen Gefängnis und 15 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil in dem Geschäftslokal dieser Zeitung das Bildnis „Der wahre Jakob“ zum Verkauf ausgestellt war, welches ein Bild enthielt, an dem die Franzosen Anstoß nahmen.

Volksabstimmung in Basel über den 8-Stundentag.

Basel, 4. Juli. (Freiwillige Telegramme des „Volksfreund“.) Basels rühmlichste Bevölkerung hat in heutiger Volksabstimmung die sozialdemokratische Arbeitszeitinitiative für Festlegung des Achtstundentages an alle nicht unter dem Fabrikgesetz stehenden Arbeiter und Angestellten mit 11 586 gegen 1621 Stimmen verworfen, der gleichzeitig zur Abstimmung vorliegende Arbeitsgesetzentwurf der hiesigen Parteien für Festlegung der 48-Stundenwoche erhielt 11 586 Stimmen und ist somit angenommen. Die Erhöhung der Theatersubvention von 300 000 auf 500 000 fr. wurde mit 13 681 gegen 8383 Stimmen verworfen.

Pervertierungen wegen Wohnungsmangel.

Wiesbaden, 4. Juli. Vom französischen Militärgericht Wiesbaden wurde ein Wohnungsinhaber in Höchst am Main, der für ein Zimmer, das bisher 20 M. kostete, von dem neuen Inhaber plötzlich 90 M. den Tag verlangte, zu 15 000 M. Geldstrafe und Arbeitsverpflichtung verurteilt. Eine Wiesbadener Wohnungsinhaberin, die einer Kommission die Beschaffung der Wohnung verweigerte, muß 20 000 M. Geldstrafe bezahlen.

Wilhelm soll Steuern zahlen!

Aus Doorn (Holland) wird gemeldet: Wie mitgeteilt wird, ist jetzt festgestellt worden, daß der frühere deutsche Kaiser dem holländischen Staate gegenüber steuerpflichtig ist. Auf Grund dieser Entscheidung wird auch Gemeindesteuern von ihm erhoben werden. In Deutschland hat Wilhelm bekanntlich keine Steuern bezahlt, sondern über 20 Millionen jährlich aus den Steuern anderer erhalten. Außerdem genos er Vorrechte, verfrachtete alles Mögliche gratis auf der Bahn. Und nun auf einmal soll er Steuern zahlen! Dabei verwehrt er im Auslande, was er aus Deutschland mitgenommen hat.

Die Konferenz in Spa.

Heute vormittag um 11 Uhr beginnt die Konferenz in Spa. Sie verspricht ein internationaler Kongress von bisher nicht gekannter Größe zu werden, da wohl alle Länder auf ihm vertreten sind, die an der endgültigen Gestaltung des Versailler Friedens ein Interesse haben. Kaum fassbar groß ist die Bedeutung dieser Konferenz. Von ihrem Ausgang hängt nicht nur Deutschlands, sondern Europas Schicksal ab. Was wird uns Deutschen diese Konferenz bringen? Wir hoffen leider so wenig und fürchten umgekehrt viel. Der neue britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, sprach am Freitag bei seinem Antrittsbesuch beim Reichspräsidenten, daß nur „in einer Atmosphäre des Vertrauens“ an den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu denken sei. Und er sprach dann davon, daß nur durch „loyale Handlungen guten Glaubens“ der Weg des Vertrauens zu finden sein werde. Das kann von uns als eine Hoffnung aufgefaßt werden, falls es nicht eine Warnung immer noch vorhandenen starken Misstrauens gegen uns sein sollte. Wer kennt Englands Gedanken und Pläne und wer will heute die Wege finden, die es zu hegen beabsichtigt?

Wird in Spa eine „Atmosphäre des Vertrauens“ herrschen? Die Franzosen hätten sich innerhalb weniger Tage förmlich umwandeln müssen, sollten sie uns auch nur ein Minimum von Vertrauen entgegen bringen. Sie misstrauen uns nicht nur, sondern sie hassen uns in der ganzen Stärke romanischen Hasses. Und an Belgien finden sie einen gleich bestimmten Allierten. Und daß man auch in England so manche Vorgänge und Erscheinungen in Deutschland mit Argwohn verfolgt, ist offenkundig. Das Treiben unserer Militaristen, die bodenlos frivole Politik der Deutschnationalen und ihrer Anhänger, der Wahlschall am 6. Juni, alles das sind Dinge, die manche wärmere Regung in England wieder etwas erkalten ließen. Und wenn die leichtfertige, um nicht zu sagen bewußt Deutschland schädigende Rede des Seltsamen nach Spa gelangt, wird sie der „Atmosphäre des Vertrauens“ nicht förderlich sein.

Woju noch kommt, daß man im Auslande die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland ziemlich schwach einschätzt. Woran auch das sehr erfreuliche und ungemein wertvolle Kreditabkommen mit Holland leider nicht allzu viel ändert. Neben den dunklen Treibern der Rechtsmischlingen tragen hieran kommunistische und unabhängige Kreise große Schuld; den Rest besorgen unsere verblendeten Separatisten.

Troakteludem: die offizielle deutsche Politik seit dem 9. November 1918 wird zu Unrecht unter Verdacht gehalten, daß sie nicht aufrichtig und loyal an Wiedergutmachung erfüllen wollte, was immer möglich ist, ohne daß wir ein Bettler- und Sklondasein führen müssen. Und die Mehrheit des deutschen Volkes will trotz dem 6. Juni und anderer Dummheiten, die von Massen gelegentlich verüht werden, ehrlich wahren Frieden und sie denkt nicht an Vergeltung und Rache.

Aber freilich: Leben müssen uns die Alliierten lassen. Wollen sie uns in die Fesseln einer Front zwingen, die materiell einfach nicht zu ertragen ist, wollen sie uns weiter hungern und von katastrophaler Arbeitslosigkeit täglich peinigern lassen, dann muß über kurz oder lang die Explosion kommen. Was wir bisher gehöht haben über den Umfang und den Charakter der uns auferlegenden Verpflichtungen, ist unerträglich und unmöglich. Diese Verpflichtungen eingehen zu wollen, wäre ein Akt des Wahnsinns und der Unaufrichtigkeit unsererseits. Hören die Alliierten den eingehenden, den wahren Stand der Dinge in Deutschland darlegenden Schilderungen unserer Vertreter in Spa mit tauben Ohren zu, dann — wir sagen es hier ganz offen — lieber ein schnelles Ende mit Ehren, als ein Schreden, der uns eine Zeitlang quält und dann doch ein wüstes Ende nehmen muß.

Der Vertrag von Versailles ist undurchführbar. Ungeachtet aller Machtmittel, über die die Alliierten verfügen, und unbestimmt um die militärische und politische Ohnmacht Deutschlands — die Erfüllung des Vertrags ist unmöglich. Sie erzwingen zu wollen, würde ein vergebliches Bemühen sein: die einzige mögliche Folge wäre, daß erst Deutschland und dann der gesamte europäische Kontinent ein wüster Trümmerehaufen wird. Die Erfüllung des Versailler Vertrages erzwingen zu wollen, heißt Deutschland dem Bolschewismus oder richtiger der Anarchie ausliefern. Und rast auch in Deutschland der bolschewistische Wahnsinn, wird kein europäisches Land mehr von ihm verschont bleiben. Das große Völkerverderben und Völkeruntergehen in Europa nimmt dann seinen reißenden Fortgang. Entweder gibt man uns die Mittel und die Möglichkeit des — wenn auch langsamen — Aufstiegs, oder die europäische Anarchie ist unvermeidlich. Ein drittes gibt es nicht.

Hört man uns in Spa, schenkt man der ungeschminkten, auf den Tatsachen beruhenden Schilderungen unserer Unterhändler Glauben, und haben dann die Staatsmänner der alliierten Völker den Mut, den Völkern der siegreichen Staaten so manche Illusionen auf gebaute deutsche Militärdienste und deutsche Frontarbeit zu rauben, dann wird auch

Seite 8.

ing

ligste

r mit
sowie
erden.

4850

ange.

fort

el

ngen.

erboten.

meinde

10 Uhr

ter 4344

straße 21).

beginnt pünktlich.

stellung

Raffen

Anfang d. 3.

stellen.

Abreise.

1920.

ch die Leitung

ienstraße 164.

UM

GEN.

l. Heyd

stensen

mann.

ino

ellung

bis 11. Juli

h vorm. 10 Uhr

Ausstellung

unterhaltende

Lustspiele und

Unterhaltungen)

er in Sonder-

erhalten für

stellung

— 192.

idst-

4850

der Apparate

stellungsraum.

... Arbeiterbewegung überhaupt gänzlich unbe-
kannt ist. Alle französischen Eisenbahner hätten Anfang
Mai noch mit dem Generalstreik zu tun gehabt und keine Klun-
ken durch Deutschland gemacht. Entweder sei dieser Reu-
in Gelter oder er sei ein Spitzel Clemenceaus, der
vielleicht unter falschem Namen in Deutschland für die fran-
zösischen Arbeiterblätter arbeite. Es sei unbegreiflich, fügen die
französischen Arbeiterblätter hinzu, daß die „Freiheit“ sich zu
einem solchen Spiel herabgebe, zumal dadurch die Klassenbewuß-
ten französischen Arbeiter in ein ganz falsches Licht gesetzt
würden.

Wir finden das gar nicht so unbegreiflich, denn wir wissen
längst, daß die Auslandspolitik der Unabhängigen weder repu-
blikanisch noch international ist, sondern lediglich im Dienste der
französischen und englischen Imperialisten steht.

Abstimmungsrechte mit Cure Pflicht.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns ge-
schrieben: Am 11. Juli entscheidet sich in der Volksabstimmung
das Schicksal Russens und großer Teile West- und Ostpreu-
sens. Alle diese Gebiete sind nach der Geschichte und nach der
Art der großen Mehrzahl der Bewohner deutsch. Sie bei
Deutschland zu erhalten und nicht an Polen auszuliefern ist ein
Ziel, das im Interesse des ganzen deutschen Volkes, wie der Ab-
stimmungsgebiete selbst mit größtem Eifer verfolgt werden muß.
Auch die Sozialdemokratische Partei Deutsch-
lands ertört von allen ihren abstimmungsberechtigten Mit-
gliedern, daß sie am 11. Juli zur Abstimmung zur Stelle sind
an ihre Stimme für Deutschland in die Waagschale zu werfen.
Wie in Posen, so muß im Osten der Abstimmungstag zu
einem überaus wichtigen Bekenntnis des Zugehörigkeitsgefühls zu
Deutschland werden.

Frau Snowden über Russland.

Frau Snowden, ein Mitglied der englischen Arbeiter-
delegation, die Sowjet-Russland besuchte, machte einem
Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin Mitteilungen über
ihre Eindrücke. Aus den Mitteilungen des Blattes entnehmen
wir: Die östliche Studienkommission der englischen Sozial-
isten reiste von Petersburg aus tief ins Innere Russlands hin-
ein; Moskau wurde selbstverständlich besucht; bis Saratow war
die Kommission von Vertretern der Sowjetregierung begleitet,
den Rest der Reise bis Astrachan legte sie ohne Führung zurück.

Die wesentliche Erkenntnis, die Frau Snowden auf
dieser Fahrt gewonnen hat, gipfelt in dem Satze: Das ist nicht
Sozialismus, was hier in Sowjetrussland verwirklicht worden
ist, das hat mit den Lehren von Karl Marx nichts zu tun; das
ist das selbe System der Tyrannei, wie es ehedem in
Russland herrschte, nur jetzt von entgegengesetztem Pol aus ge-
übt. Hier herrscht wohl stärkere Disziplin, als in dem alten
Russland; aber diese Disziplin ist zum größten Teil erzwun-
gen; nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem russischen Natio-
nalbewußtsein wieder einen starken Antrieb verliehen hat, fügen
sich freiwillig auch viele, die mit dem Sozialismus an sich
nichts zu tun haben wollen. Die Lebensverhältnisse in den
Städten sind trostlos. Die Bevölkerung hungert und leidet Man-
gel an Kleidung und Beschäftigung. Die Bauern geben ihre Er-
zeugnisse nur im Austausch gegen Kleiderstoffe, landwirtschaftliche
Gerätschaften und Maschinen her. Bemerkenswert ist die
Sorge, die die Sowjetregierung der heranwachsenden Gene-
ration zuteil werden läßt: Frau Snowden gewann den Ein-
druck, daß die Kinder selbst in Moskau im allgemeinen besser
genährt werden als in Wien. Den erfolgreichsten Weg zur Ueber-
windung des Bolschewismus sieht Frau Snowden nicht darin,
daß man Sowjet-Russland durch einen Krieg niederverzogen
wird; vielmehr würde vernünftiger Entgegenkommen, Auf-
hebung der Blockade vor allem, mit Sicherheit zu dem
Ziele führen, daß sich allmählich in Russland wieder der Geist
der Mäßigkeit durchsetzt, daß auch gewöhnliche Elemente wieder
in der Regierung zu Einfluß kämen und daß sich so der Rückkehr
zu einer vernünftigen wirklichen Demokratie der
Weg ebene ließe.

Große Stunden am Chiemsee.

Kürzlich wiesien wir auf das bayerische Monarchistenblatt
„Der Königsbote“ hin. Ein neuer Beleg über die Unberechen-
barkeit der Feinde der Republik kann heute beigebracht
werden. In dem Blättchen „Der Aufrechter“ steht, einem Zitat
des „Königsboten“ zufolge, folgendes zu lesen:
„In Bayern geht rasch voran. König Ludwig bewegt
sich in ungezügelter Weise (!) unter seinem (!) Volk. Dieser
Lage war in Wiltenport am Chiemsee, wo jetzt die
bayerische Königsfamilie lebt, Schützenfest der Einwohner-
wehr (aha!) und es ging dabei in der althergebrachten gemütlich-
frohen Weise zu. Man hatte zu diesem Volksfeste auch die
Königlichen Herrschaften eingeladen, die auch gern
kamen. Am Freischießen nahm König Ludwig teil und holte
sich sogar einen Schützenpreis. Große Stunden am Chiemsee!
Nicht lange mehr, und — die bayerische Königspar-
tei ist kräftig an der Arbeit, und an dieser Ent-
schiedenheit können wir uns ein Beispiel nehmen!“
Es mag jedem Deutschen unbenommen bleiben, seine poli-
tische Überzeugung zu vertreten. In offenkundiger Weise aber
sind zum Zusammenbruch des republikanischen Staatswesens
hinzuwirken, nachdem die letzten Reichstagswahlen das eine doch
ebenfalls deutlich bewiesen haben, daß die überwiegende Mehr-
heit des deutschen Volkes an der Republik festhält und von
monarchistischen Forderungen nichts mehr wissen will, das geht doch
über die Quischnur.

Badische Politik.

Die Hege des Bauernverbandes.

Wir haben kürzlich die ganz im amtlichen Stil abgefaßte
Bekanntmachung der Bezirksgruppe Nr. 1 des
badischen Bauernverbandes über die Anmel-
dung der Getreide-Anbauflächen und die Milchablieferung
einer Kritik unterzogen und das Verwerfliche und Gefähr-
liche des unverantwortlichen Treibens kennzeichnet. Be-
sonders die vorherige Durchführung des Milchstreiks war
das stärkste an demagogischer und gewissenloser Verhöhnung
der Bauernschaft, was wir bis jetzt zu verzeichnen hatten.
Die Folgen dieses bauernverbändertlichen Treibens zeigen
sich jetzt, der Bauernverband wird die Geister, die er rief,
nicht mehr los und eine Reihe Bezirksgruppen steht sich
jetzt genötigt, in einem spaltenlangen Aufsatze an ihre
Pflicht zu tun und ihr Mißquantum abzuliefern — da
sonst das Ansehen der führenden Persönlichkeiten schwer
nackte werden würde! Kaumfalsch ist also, den Herren zunächst
das „Ansehen“; die armen Säuglinge, Frauen und Kinder
kommen erst in zweiter Linie oder überhaupt nicht, man
hat nach diesen ja auch nicht während des Streiks gefragt.
Die starken Worte gerade der Führer des Bauernver-
bandes haben letzten Endes unsere Landwirte in ihrem in
Bezug auf Kinder und Kranke jeder Menschlichkeit Hohn
brechenden Handeln bestärkt. Und wenn man bedenkt,
daß es sich in manchen Fällen bei den Drabstählern um
Personen handelte — Bürgermeister und bayerische

— denen noch die Durchführung der geistlichen Bestim-
mungen innerhalb ihres Ortes obliegt, die jedoch ihre per-
sönlichen Interessen über ihre Amtspflichten gestellt haben,
so ist dies erst recht zu beurteilen. Jetzt, wo der Karren
verfahren ist, und wo die Herren den Bügel aus der Hand
verloren haben, soll auf einmal nur noch das Wohl des
Volkes anmahndend sein dürfen. Jetzt macht man den
Landwirten bloßfährlich, daß man die moralische Pflicht habe,
den Verbrauchern das Existenzminimum an Milch zu ge-
währen. Diese Erkenntnis kommt etwas reichlich spät und
es ist merkwürdig, daß man von all den in den letzten
Wochen nichts gehört hat. Aber dessemungeachtet soll es
den Verbrauchern eine Freude sein, wenn hier eine Besserung
eintritt. Und freuen soll es uns auch, wenn unsere
Landwirte nach ihrem Streik auch ihre Ansicht über das
Streifen der anderen arbeitenden Schichten revidieren.
Wenn die Arbeiter, getrieben durch Hunger und Not,
zum Streik gezwungen haben, so haben wir noch nie einen
Landwirt gehört, der dies gutgeheißen hat, im Gegenteil
war man im schönen Sauerland immer sehr schnell be-
reit, die streikenden Arbeiter in die Klasse der „Faulenzer“
und „Tageelbe“ einzuteilen.

Auch die mannhafte Erklärung zum Milchstreik aus
Kehler Kreiskreisen ist den Führern der Kehler
Landwirte schmer auf die Nerven gefallen. Der Mecker
macht sich in einigen, ebenfalls nicht zu kurzen, aber dafür
desto bissigeren Erklärungen in der „Kehler Zeitung“ be-
merkbar.
Vestfallen können wir als Abschluß des traurigen
Bauernverbandsunternehmens, daß die Kehler Verbraucher-
freie auf die Verprechungen der Führer der Landwirte
gründlich heringeht. Es hat sich gezeigt, daß diese
ihre Leute gar nicht so in der Hand hatten, um eine volle
und genügende Ablieferung versprechen zu können und jetzt
ihre Mitglieber des- und wehmützig um Ablieferung an-
halten müssen. Die Verbraucher werden in Zukunft wissen,
was sie von den Verprechungen von dieser Seite zu halten
haben.

Landwirtschaft und Preiswucher.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In einem Teil der
Presse wird den landw. Organisationen der Vorwurf gemacht,
daß die Preisforderungen einzelner, nimmermüder Erzeuger,
als allgemeine Forderung aller Landwirte zusammengefaßt
und die Regierung zu Preisreduzierungen genötigt hätten. Diesem
Vorwurf müssen die in der Arbeitgemeinschaft der frei-
willigen Landwirtevereine vereinigten Organisationen,
Badischer Bauernbund, Karlsruhe, Badischer Bauernverein
Freiburg, Badischer landwirtschaftlicher Verein Karlsruhe,
Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Verei-
nigungen Karlsruhe und der Landw. Kreditverband Freiburg ent-
schieden zurückweisen, da sie die Forderung übermäßiger Preise
von jeher und besonders in der heutigen Zeit verurteilen, in sei-
nem Falle Einzelforderungen derartigem und zu keiner Zeit
auf die Regierung einen Einfluß geübt haben, der als Nötigung
angesehen werden kann.“

Die genannten Organisationen bedauern das radikale
Vorgehen des Bad. Bauernverbandes, der ihrer
Arbeitgemeinschaft nicht anerkent. Sie fordern vielmehr ange-
sichts der überaus schwierigen Lage ihrer Mitglieder, den
Bogen nicht zu überbieten, sondern nach dem Grundsatz „leben
und leben lassen“ zu handeln. Die Konventionen aber können
durch Einrichtung einerer Organisationen viel zur Verbilligung
der Lebensmittel beitragen.“
Das ist die Theorie. Die Praxis wollen wir nun ab-
warten, wenn die Agrarwirtschaft von Kartoffeln, Fleisch
usw. aufgehoben ist! Wir werden ja dann sehen, wie es mit
dem schönen Grundsatz „leben und leben lassen“ in Wirklichkeit
werden wird.

Gegen die Teuerung. Das Mannheimer Gewerks-
chaftsblatt nahm in seiner Delegiertenversammlung vom 30.
Juni Stellung zu der bestehenden Teuerung und sagte nach
einer längeren Aussprache den Willen der Delegierten in fol-
genden Sätzen zusammen: 1. Demonstrationen sollen unter-
bleiben. 2. Einreden an die zuständigen Stellen sollen gemacht
werden; da sie aber keine genügende Wirkung haben werden, soll
das Vorortkartell Karlsruhe die Funktionäre der badischen
Gewerkschaften in einer nicht zu großen Anzahl zusammen-
berufen, um zu den Preisbildungen aller Bedarfsgüter Stellung
zu nehmen. 3. Es ist der Wille der Delegiertenversammlung,
Erzeugergenossenschaften, Verbraucher- bzw. Konsumgenossen-
schaften gegenübergestellt werden, um den Warenaustrausch zu
vereinfachen.

Das Ende der Piepmake. In einer amtlichen Pressenotiz
wird dargelegt, daß die badische Staatsregierung von der wei-
teren Verleihung der badischen Kriegsauszeichnungen (wofür sie
nach der Reichsregierung wohl berechtigt war) Abstand genom-
men hat, da sie sich nicht für berechtigt hielt, Orden der früheren
Landesherrn und Medaillen mit dem Bildnis des ehem. Groß-
herzogs zu verleihen. Von einer Neuauflage badischer Kriegs-
erkenntnisse habe man mit Rücksicht auf die politischen Verhält-
nisse Abstand genommen. Weiterhin hat die badische Regierung
auch jede Verleihung von Auszeichnungen an Zivilpersonen
durch das Reich oder andere Staaten grundsätzlich abgelehnt,
weil sie es nicht für angebracht hielt, einzelne Persönlichkeiten
besonders auszuzeichnen, nachdem am Krieg das gesamte
deutsche Volk beteiligt war. Wenn trotzdem noch Verleihungen
an badische Staatsangehörige stattgefunden haben, so handelte
es sich hier lediglich um unmittelbare Reichsbeamte, aber auch
hiergegen wird die badische Regierung Einspruch erheben.

Deutscher Reichstag.

22. Berlin 3. Juli. Am Regierungstisch Reichswesens-
minister Geheer. Hans und Erbinin sind nur schwach bejezt.
Zur Interpellation Leebow über Vorgänge in Döste bei Ruisa
und das Marburger Urteil erklärt
Reichswesensminister Geheer, er sei offenbar mißverstanden
worden. Er habe in seiner Erklärung nur sagen wollen, daß die
Regierung eine Verantwortung der Interpellation in diesem
Augenblicke ablehnen wolle, weil sie nicht durch eigene Verfügun-
gen in ein schwebendes Verfahren eingreifen wolle. Er be-
dauere den Vorgang überaus und glaube, sobald das Urteil
gegen das Verurteilung eingeleitet worden sei, rechtkräftig gelor-
den sei, eine Antwort in Aussicht stellen zu können.
Abg. Leebow beantragt sofortige Beipredung. Diese wird
nach längerer Geschäftsordnungsdebatte mit 182 gegen 142 Stim-
men abgelehnt.
Es folgt die Interpellation der Kommunisten über amtlich
organisierte Spitzelwesen, das angebliche Putschpläne der radi-
kalen Parteien erfinde, Putsch propagiere und Bezeichnung von
Arbeiterführern anstrebe.
Reichswesensminister Geheer erklärt, die Interpellation in der vorge-
schriebenen Frist beantwortet zu wollen.
Abg. Gamm (Dem.) begründet sodann seinen Antrag auf
Einleitung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebah-
rens und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften,

und bedauert, daß ein dahingehender Beschluß der Nationalver-
sammlung unausgeführt geblieben sei. Die Undurchsichtigkeit des
ganzen Geschäftsbetriebs der Kriegsgesellschaften mache dem
ehrlichen Kaufmann einen Wettbewerb unmöglich.

Abg. Fof (Soz.) begründet den Antrag
Abg. Hum (Str.) erklärt, es sei mit dem Abbau der Kriegs-
gesellschaften unbedingt zu beginnen. Die freiverwendenden Woh-
nungen würden dringend benötigt.

Abg. Jand (Vgl.) verlangt gewissenhafte Nachprüfung der
Geschäftsgebahren der Kriegsgesellschaften.
Abg. Bruhn (D.N.) wundert sich, daß die Regierung die
Kriegsgesellschaften für unentbehrlich gehalten habe.

Reichswirtschaftsminister Scholz erklärt, der Anregung nach
Möglichkeit entsprechen zu wollen. Uebrigens sei die Zahl der
Angestellten der Kriegsgesellschaften seit Januar d. J. von
16 000 auf 7 000 zurückgegangen.

Der Antrag Gamm wird einstimmig angenommen.
Es folgt die Beschlußfassung über die Einsetzung eines Un-
tersuchungsausschusses aufgrund des Artikels 34 der Verfassung.

Abg. Warmuth (D.N.) warnt davor, die Parteigegegensätze
durch einen solchen Ausschuß zu vertiefen.
Abg. Nieber (D.Vp.) sieht keine erspriechliche Tätigkeit in dem
Ausschuß, da die Archive der anderen Völker ihm nicht offen
stehen.

Abg. Freitscheid (U.S.R.): Auch in meiner Partei seien an-
fangs Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Ausschusses laut gebo-
ren, weil die meisten Parteimitglieder den Parteien angehört, die
selbst die Schuld am Anbruch des Krieges tragen. Eine Partei
habe sich aber doch für die Wiedereinsetzung des Ausschusses aus-
gesprochen.
Abg. Frau Schuch (Soz.) erklärt, das Volk habe ein Recht
darauf, festzustellen zu sehen, daß die Schuld an der Katastrophe
dem Kapitalistischen System zuzurechnen sei.
Abg. Heine (Dem.) stimmt der Wiedereinsetzung des Aus-
schusses zu.

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der
Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei ange-
nommen.

Der Reichsnotetat wird ohne Debatte in zweiter Lesung
angenommen.

Präsident Lobe dankt Johann dem Auslande für die Liebes-
dienste an unseren Kindern im Namen des Reichstages und des
deutschen Volkes.

Bei der nun folgenden dritten Lesung erklärt
Abg. Crispian (U.S.), die Annahme des Notetats komme
einem Vertrauensvotum gleich. Deshalb lehne seine Partei ihn
ab, obgleich einzelne Voten auch seinen Beifall hätten.

Der Notetat wird sodann in 3. Lesung gegen die Stim-
men der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die Beratung des von Abg. Müller-Franken ein-
gebrachten Gesetzesentwurfes betr. Aufhebung der Mil-
itärgerichtsbarkeit.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.) bedauert, daß die solange an
der Regierung beteiligten Parteien nicht alle Kräfte aufgewen-
det haben, um die Militärgerichtsbarkeit zu beseitigen, die im
Volke kein Verständnis finde. Gegen eine solche Justiz cure
er die Arbeiter auf, die die Hände vor den Augen habe, aber
dem Kapitalismus Handlungsdiene leiste und gegen die Ar-
beiter Scherzgebühren tue.

Abg. Warmuth erklärt, sein Antrag auf Ueberweisung an
einen Ausschuß von 28 Mitgliedern, richte sich nicht gegen den
Entwurf selbst, sondern wolle nur eine Ueberstürzung verhin-
dern. Recht und Ordnung seien das Programm des Wieder-
aufstehens. Dazu gehöre auch die Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Schöpflin (Soz.): Jegliche Verschiebung wird das Zu-
standkommen des Gesetzes gefährden.

Abg. v. Schuch (D. Vp.) schließt sich den Ausführungen des
Abg. Warmuth an und verweist auf die Militärstrafgesetze
Frankreichs und Englands. 62 000 Mann der Reichswehr hät-
ten sich übrigens für die Beibehaltung der Militärgerichte aus-
gesprochen. (Lebhafte Zurufe, Unruhe.)

Abg. Fof (Str.) hätte lieber ohne Kommissionsberatung
das Zustandkommen des Gesetzes gesehen. Seine Partei werde
jedoch der Kommissionsüberweisung zustimmen.

Abg. Waldstein schließt sich an.
Abg. Emmingen (D. Vp.) stimmt der Kommissionsüberwei-
sung zu.

Abg. Leebow (Komm.) ergrift das Wort zu einer heftigen
Auseinandersetzung mit der Rechten. Die Militärjustiz sei ein
Rechtsverbrechen.

Justizminister Hege protestiert gegen diese Unterstellung
und erklärt namens der Regierung, daß die Justizpflege nicht
weichen werde vom Faden des Rechts.

Der Gesetzesentwurf wird einem Ausschuß von 21 Mit-
gliedern überwiesen.

Vizepräsident Dittmann ruft nachträglich den Abg. Rosen-
feld wegen einer beleidigenden Äußerung gegenüber dem Abg.
Hefferich zur Ordnung.

Das Haus vertagt sich sodann auf Montag nachmittags 2 Uhr.
Interpellationen. — Schluß 3/4 Uhr.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarkts.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in der Woche
vom 25. Juni bis 1. Juli 1920 nur unwesentlich verändert; in
der Zahl der völlig Erwerbslosen ist ein Rückgang von 81 zu
berzeichnen. Aus Mangel an Aufträgen mußten wieder meh-
rere Betriebe Einschränkungen und Schließungen vornehmen,
wovon ungefähr 200 Arbeiter betroffen wurden; weitere Ein-
schränkungen stehen bevor in der Schmudwarenindustrie in
Pforzheim und bei den Schweißblechfabriken. Für Er-
werbslosenunterstützung wurden in der Berichtswche
214 580 M. für Arbeitszeitverlängerung 14 825 M. aus-
gegeben. Mit Kostlandsarbeitern waren in dieser Woche
2785 Erwerbslose beschäftigt.

Gewerkschaftliches.

Eine nette Firma.

Ist, wie uns vom Zentralverband der Steinarbei-
ter geschrieben wird, das Marmorgeschäft von Fr. Müller
hier, Müppurrerstraße Nr. 18. Diefelbe legt heute noch ein Be-
tragen gegenüber ihren Arbeitern zur Schau, das lebhaft an
die Vorkriegszeit erinnert. Zu Kriegsbeginn wurden bei dieser
Firma alle Arbeiter eingezogen, bis auf einen gewissen G...
Im Frühjahr 1919 machte nun die Firma die größten Anstren-
gungen, daß sie wieder einige von ihren früheren Arbeitern be-
kam, da das ganze Jahr 1919 Hochkonjunktur war. In Ver-
bindung mit dem bereits genannten G... hat es nun die Firma
fertig gebracht, ihre sämtlichen Arbeiter, alle Kriegsteilnehmer
mit bis zu 6 Kindern, auch ehemalige Kriegsgefangene, zu ent-
lassen und auf die Straße zu werfen, weil seit einiger Zeit der
übliche Profit nicht mehr eingeht. Und das Unerhörteste daran
ist noch, daß der genannte G... volle Zeit weiterarbeiten darf,
trotzdem er für keine Kinder zu sorgen hat und auch nicht
Kriegsteilnehmer war! Es erseht nun an das Publikum die
bringende Aufforderung, die Firma Müller bei den Einkäufern
zu meiden; ebenfalls werden auch die Möbelhändler darauf auf-
merksam gemacht, damit sie nicht in Mißkredit kommen. Diese
Firma ist für sämtliche Steinarbeiter gesperrt. Auskunft
erteilt der Bezirksleiter des Steinarbeiterverbandes Otto
Wüchel, Marienstr. 39, 4. hier.

Berichtszeitung.
Schwurgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, 5. Juli. Das Schwurgericht im dritten Vierteljahr, das heute vormittag beginnt, hat über folgende Fälle rechtzusprechen. Am Montag vormittag 9 Uhr über die Anklage gegen die Dienstmagd Katharine Daserer aus Wörschbach wegen Kindesdiebstahl (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Trautwein, Forzheim), über die Anklage des Schloßers Karl Krenzlins aus Mühlhausen wegen Lohnabtreibung (Verteidiger Rechtsanwalt Ebel aus Rastatt), über die Anklage gegen den Drechsler Karl Konz aus Rastatt wegen Unzuchtverbrechens (Verteidiger Rechtsanwalt Roth, Rastatt), über die Anklage der Ehefrau Gustav. Wilhelmine Lindenmann geb. Wörle aus Mannheim und des Mechanikers Andreas Nikolaus aus Reidenfeld (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Lüdemann-Rastatt und Dr. Brel aus Forzheim), über die Anklage der Hilfsarbeiterin Margarethe Altmann aus Rastatt wegen Kindesdiebstahl (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Göttinger).

Freiburg, 2. Juli. Die schweren Ausschreitungen vor der Karlskirche und in der Kaiserstraße wurden vor dem Schwurgericht aufgeführt. Angeklagt des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz waren der 24jährige Elektronomieer Josef Thoma aus Waldkirch, ferner der 20 Jahre alte Kesselführer Ernst Speier aus Freiburg und der 29 Jahre alte Schlosser Ernst Wiese aus Emmishofen. An jenem Abend wurde von der Volksmenge ein gewaltiges Eindringen in die Karlskirche versucht, um sich der dort verwahrten Waffen der Einwohnerviertel zu bemächtigen. Dabei warf Thoma zwei Eitelhandgranaten, die ihn Speier zulegte, in den Hof der Kirche. Wiese war im Besitz einer Handgranate. Es erhielten Speier und Wiese 1 1/2 Jahre, Thoma 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Die gerichtliche Beleuchtung der verhängnisvollen Vorgänge brachte auch die Gewißheit, daß der gebildete Polizeiwachtmeister Rohrbach nicht durch Splitter einer Handgranate, sondern in dem Tumult verheerlich durch einen Schuß sein Leben verlor, dagegen wurden die Arbeiter Kirchner und Beckerle die Opfer von Handgranatenwürfen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. Juli.

Aus der letzten Stadtratssitzung.
Kriegsgefangenenheimkehr. Nach Abschluß der Tätigkeit der „Kriegsgefangenenheimkehr“ dankt der Stadtrat allen Vereinen und Schulen für ihre opferwillige und eindrucksvolle Mitwirkung beim Empfang der Heimkehrer; ebenso dankt er allen Mitbürgern, die durch Spenden an Geld und Gaben der Heimkehrer gedacht haben.

Stundungssachen. Im Hinblick auf den steigenden Umfang der Gesuche um Befreiung häßlicher Forderungen, besonders größerer Umlageforderungen, sieht sich der Stadtrat zur Hintanhaltung von Forderungen genötigt, die Stundung von Forderungen aller Art, sofern sie im einzelnen Falle den Betrag von 1000 M. erreichen oder überschreiten, von der Zahlung eines Stundungssinnes von 5 vom Hundert vom Tage der Fälligkeit an abhängig zu machen.

Ausstellung für Wasserbau und Binnenschifffahrt. Der Stadtrat erklärt sich bereit, dem Südwestdeutschen Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar (Sitz Stuttgart) einen Teil der städtischen Ausstellungshalle während 14 Tagen im Herbst d. J. zur Einrichtung einer Ausstellung für Wasserbau und Schifffahrt einzuräumen.

Ein Besuch am Erlaubnis zur Wiedereinrichtung eines Varietés (einer Singpielhalle) im sogenannten Apollotheater, Marienstraße 16, vermag der Stadtrat nicht zu befürworten.

Haben wir immer noch Hofmarschälle?
In der Freitagnummer der „Babischen Presse“ lesen wir eine Lobesangebe über die freiherrlichen Familien Göler v. Ravensburg und v. Wöhlen und Hallbach über das Wöhlen von Freifrau Emma Göler v. Ravensburg, in der sich der Erlaubnisnehmer Herr Sigmund Frhr. Göler v. Ravensburg den Titel „Hofmarschall“ beilegt. Wenn wir recht unterrichtet sind, haben wir z. B. in Deutschland keine Höfe mehr, in denen Marschälle ihres Amtes zu walten haben. Korrekt müßte es mindestens heißen „Hofmarschall a. D.“, wie ja auch die Monarchie, deren kaiserliches Wappen die Marschälle zu managen hatten, in Deutschland „a. D.“ ist und zwar vorausichtlich für immer. Oder sollte der Adel anderer Meinung sein?

Kirchenauswahlwahlen.

Man schreibt uns: In alle evangelischen Sozialdemokraten ergeht die dringende Mahnung, sich bei den kommenden Kirchenauswahlwahlen darüber klar zu werden, ob wir weiterhin den orthodoxen und konservativen Geist, welcher von unseren Ausbeutern für ihre Zwecke durch die alte Geistlichkeit ausgenutzt wird, dulden wollen. Die Kirchenauswahlwahlen sind jetzt ausschlaggebend, ob wir den alten Jogh, welcher immer mehr das Proletariat von der wirklichen Christenlehre und somit vom Sozialismus entfremdet, abschneiden wollen. Es muß unbedingt ein neuer und freier Geist in

Theater, Kunst und Wissenschaft.
Babisches Landesstheater.

Die Operettengattung begann vielbedeutend und vielversprechend. Mit einer Aufführung von Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt“, wie sie ihresgleichen unsere Bühne in den letzten Jahren nicht gesehen hat. Die über alles eigenartige Kunst Offenbachs vermag ja hier viel zur inneren und äußeren Belebung beizutragen, aber die Vorstellung muß in einem gewissen Spielmaß vorübergehen, sonst ist die letzte Wirkung nicht erreicht. Diese aber war der Aufführung gesichert durch die Leitung des Intendanten Fr. Sch. Was an Schwung und Schmitz aus dem Wert herausgeholt werden kann, war hier mitreißend lebendig geworden. Ahnen konnten wir es ja, daß Intendant Fr. Sch. auch in der Operette seinen Mann stellen wird. Und dennoch stehen wir voll staunender Bewunderung vor der meisterlichen Art, wie er z. B. die Chöre zu bewegen versteht. Überall spürt man hier die fundige Hand am Werke, die alles in rauschendem Auf und Ab über die Bühne führt. Die vielen Einzelheiten, in denen Fr. Sch. etwas „neues“ brachte, können wir uns erstreuen; das heißt das Stück Zug um Zug von Anfang bis zu Ende berichten. Einer anderen Neugierigkeit sei kurz gedacht: den Entwürfen von Emil Burgard, die in ihrem Simplizitätsgefühl eine geradezu überwältigende Wirkung ausstrahlen. Mit welcher wohlthuend einfachen Mitteln hier gearbeitet wird, vermag man ganz über der prächtigen Bildwirkung des Ganzen, wie beispielsweise die Aufmachung des letzten Aktes zeigte. Man braucht nur hinzuschauen, um zu wissen, daß hier eine starke eigenartigere Natur ihren Gedanken künstlerischen Ausdruck verleiht. Das ist Bühnenkunst wie wir sie brauchen! Die Zusammenstellung der Gewänder durch Marg. Schellenberg, kam in diesem Rahmen zu ausgeglichener Wirkung.

Unter solchen Umständen muß es eine Freude sein, die Lustvoll zu schwingen. Und Alfred Lorenz bereitet Freude; das fühlte man. Allerdings kann nur einer die bewundernden Offenbachschen Weisen zu aus einem Guss fließen lassen.

Auf zur großen Protest-Demonstration
gegen Zenerung und Wucher
heute nachmittag 3 Uhr auf dem Marktplatz!
Konsumenten, Arbeiter, Beamte und Hausfrauen! Erscheint in Massen!

Die Kirche hineingetragen werden. Der Volkskirchenbund hat sich die Aufgabe gestellt, in diesem Sinne mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen ihre Widersacher, welche nur die Christenlehre im Munde führen, zu kämpfen. Sozialismus und Christentum haben vieles gemeinsam und es liegt an uns, die Kirche für uns zu gewinnen. Bei einer regen Agitation für die Beteiligung an der Wahl kann schon viel erreicht werden. Stellt euch den Vertrauensleuten des Volkskirchenbundes zur Verfügung. — Programme des Volkskirchenbundes sowie nähere Auskunft bei folgenden Vertrauensleuten:
Mühlburg: Geriet Ror, Wörschbach 48; Weisstadt: Wörschbach, Dorfstraße 20; Mittel- und Altstadt: Rothweiler, Kapellenstraße 88, 3; Südstadt: Funt, Ruppertstraße 22; Oststadt: Kling Georg, Friedrichstraße 17.
Nehmt auch Einsicht in die Wählerlisten und scheidet dadurch euer Wahlrecht. Die Listen sind aufgelegt bis 10. Juli von 8-1 und 2-5 Uhr im Konfirmationsaal Friedrichsplatz 15.

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung im „Volksfreund“-Gebäude, 2. Stock.

Frauenversammlung der Sozialdemokratischen Frauenaktion. Die am Mittwoch abend in der Hebelstraße stattgefundene Frauenversammlung hatte in Anbetracht des für die Frauen so wichtigen Themas besser besucht sein dürfen. Genossin Müller führte in ihrem am aufgegebenen Vortrag über „Mutter- und Kinderarbeit“ dem Sinne nach etwa aus: Die Industrialisierung und Kapitalisierung des Wirtschaftslebens zwang auch die Frau immer mehr ins direkte Erwerbsleben. Sie wurde zwar unabhängig vom Manne, dafür aber immer mehr der Forderung des Kapitalismus, sehr oft auf Lohnarbeit des Mannes. Nebenbei wies darauf hin, daß durch die Erwerbsarbeit der Mutter das Familienleben untergraben wird und der schädliche Einfluß in besonders gesundheitswidrigen Betrieben auf Mutter und Kind zeigt sich durch Kränklichkeit, Fehl- und Totgeburten, Sichelämie und davornehmendes. Angesichts dieser traurigen Folgen erhob die Sozialdemokratie die Forderung auf Schutz für Mutter und Kind immer nachhaltiger insbesondere auch die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe. Sie hob ganz besonders hervor, daß das Kindererziehungsgeld ein dringendes Gebot der Notwendigkeit sei, um die in der Entwicklung sich befindlichen Kinder vor der wirtschaftlichen Ausbeutung zu schützen. Aus diesem Grunde wurde auch von den sozialdemokratischen Frauen die Kindererziehungskommission gebildet. Die schon recht erfreuliche Arbeit geleistet hat. Auch dieses Jahr wollen die sozialdemokratischen Frauen der Kindererziehungskommission die Kinder während den Schulferien hinausführen in die frische Natur, um ihnen wenigstens einige fröhliche Stunden zu bereiten. Hoffen wir, daß auch durch diese Beteiligung ein gutes Stück Volksbildung geleistet wird. — Sodann erbatete Genossin Stoll in den Reihen der Kindererziehungskommission, woraus zu erfahren war, daß erhebliche Mittel erforderlich waren, um die je etwa 1000 Kinder an den Ausflugsplätzen mit einem kleinen Anstoß zu versorgen. Möge auch in diesem Jahre dieses Bestreben aller sein, segensreich und ergebnisreich zu sein. An die Ausflugsführerinnen fügte sie eine Diskussion an, in der sich Genossin Fischer und Kuehl in übereinstimmender Weise äußerten. Am 10. Juli wurde die Sommerreise der Frauenversammlung beschlossen mit einem Appell an die Genossinnen, nicht zu erlauben in der Arbeit für die lebende Menschheit, insbesondere zu wirken für den Sozialismus.

Ein alter Schulschiff kommt wieder zu Ehren. Wie wir erfahren, sollen am Ende dieses Schuljahres an den höheren Lehranstalten wieder öffentliche Schulschiffe zur Verfügung abgestellt werden. Da die Grundsätze, die im Jahre 1918 dazu führten, diese Schiffe nicht aufzulassen zu lassen, unüberwindlich weiterbestehen, so ist nicht einzusehen, warum das Unterrichtsministerium diesen alten Paradedarsteller wieder aufleben lassen will. Diese Schiffe sind gar nichts anderes als eine unnötige Belastigung von Lehrer wie Schüler, die keinen praktischen Wert besitzen. Deshalb fort mit diesen überlebten Runder!

Ein schweres Gewitter entlud sich Samstag nachmittag gegen 8 Uhr über unsere Stadt. Nachdem schon am Nachmittag eine drückende Hitze geherrschigt hatte, verdunkelte sich gegen 8 Uhr der Himmel, die Wolken kamen in eine ausnahmsweise niedrige Lage herunter. Man war genötigt, in den Lokalen infolge der Dunkelheit die Lichter anzuzünden. Bald darauf legte ein Sturm von ungeheurer Behemung ein, der verheerend die Gassen anrichtete, besonders an Bäumen, in Gärten und Feldern.

Der Ort und Stelle — das heißt hier nun nicht gerade in der Unterwelt, zumindest aber in Paris! — war. Das Orchester spendete trotz der unermesslichen Hitze eine herausragende Fülle von Wohlklang. Die erste Geige wußte ihre Zuderlieder prächtig zu ertönen.

Von den glocklichen Darstellern können wir nicht alle erwähnen, was wir bei der herzerregenden Güte ihrer Leistungen, die ein Zusammengehen von seltener Geschlossenheit ermöglichte, umso mehr bedauern. Marie von Ernst, eine glückselig sinnige Curdite, wirkte in der Kreuzung ihres Gemüdes und in ihrem unterweltlichen Voudoir außerordentlich zweckentsprechend. Ihren Gatten, den Konfessionar und Direktor Lepheus, gab die Vuffard in Mollie, Spiel und Vortrag übermäßig komisch; seine Anknüpfung auf dem Olymp war von lächerlicher Drolligkeit. Dito Hans Nordens als Jupiter schuf eine echte Offenbachfigur; tanzte natürlich, trotz angennommener Veleitheit, gütigst und als Märker (nach berühmtem Muster) ein Kabinettstückchen. Bruno Schönfelds Beherrscher der Unterwelt zeigte als schändlichster Artikus seine bemerkenswerte geistliche Begabung, die er mit der ihm eigenen feinsinnigen Art hervorholte. Sein Pluto war eine rechte Unterweltsgestalt von diabolisch beherrschender Schönheit, die zur Belebung des Ganzen nicht wenig beitrug. Wegen ihrer Tänze gehört Olga Werlens-Lener hervorgehoben. Ganze Herbst-Gracener (Rupido) ist Trägerin eines entzückend freien und lebendig erklingenden Soprans. Die Venus von Elfe Koppens konnte den richtigen Ton nicht treffen. Fr. Herz hatte als Prinz von Arabien wieder einen Sondererfolg; sein unverwundliches, weil unsterbliches Lieb ist u. a. um eine Strophe über den Landtag von Arabien und dessen Erfahrungen über den Theatertrieb bereichert worden. Die steuern- und die Steuern des amtierenden Herrn Finanzministers wird wohl entsprechend geglättet haben. — Neben demselben sollte neben den Darstellern oft und stürmisch den geniesenen Fruch hervor.

Der hierdurch ersetzte Regen tat das übrige, um die Früchte zum Teil umzuliegen. Dazwischen folgten zahlreiche elektrische Entladungen, die nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten keinen weiteren Schaden angerichtet zu haben scheinen. Möge der Regen, der auch noch gestern Sonntag mittag einsehlich und in die Nacht hinein anhielt, hinreichen, um der empfindlichen, der Vegetation in Gärten und Feld nachgerade gefährlich gewordenen Trockenheit endlich abzuhelfen.

Sein 25jähriges Priesterjubiläum feierte gestern der Chefredakteur des „Bab. Beobachters“, Herr Dr. Meyer, der bekanntlich katholischer Geistlicher ist.

Volkskirchenbund. Herr Farrer Stelb, der bekannte sozialdemokratische Parrer, spricht am Mittwoch in Durlach, am Sonntag in Karlsruhe über Staatskirche und Sozialkirche. Die Lokale werden im „Volksfreund“ noch bekannt gegeben.

Die Kinematographische Ausstellung, die vom 5. bis 11. Juli in der Orangerie stattfindet, hat das innere Bild der Orangerie vollständig verändert. Die Ausgestaltung mit Rahmen usw. macht einen äußerst gefälligen Eindruck. Die Rischen sind für die verschiedenen Aussteller mit Bretterverschaltungen eingeteilt, in denen sich der neue Stand der Kinematographie und der einschlägigen Branchen vor dem Auge des Besuchers in nuzerzüglichen Ausstattungen präsentieren wird. Schon die große Zahl der Aussteller — über 70 — läßt erwarten, daß das Gebotene so umfassend und vielfältig wie nur möglich werden wird. Außerdem ziehen dem Besucher durch interessante, belehrende und unterhaltende Filme genussreiche Stunden in Aussicht. In der Mitte der Orangerie soll eine durchsichtige Wand, ebenfalls eine Kenerung, angebracht werden, so daß die vorgeführten Bilder gleichzeitig von rechts und links gesehen werden können. Auf die besonderen Vorführungen, die für die Schulen Klassenweise vorgesehen sind, sei auch hier nochmals hingewiesen. Gerade diese Vorführungen werden beweisen, daß der Film lange noch nicht in jener Weise für pädagogische Zwecke herangezogen ist, wie man es eigentlich erwarten sollte. Außer diesen Schulvorführungen werden noch besondere Gebiete, z. B. Handel, Gewerbe, Industrie usw. berücksichtigt. Wegen etwaiger besonderer Vorführungen wendet sich die Interessenten an die Ausstellungsdirektion in der Orangerie werden. (Tel. 5620).

Der Verkehrsverein wird uns mitteilen, daß im Rheinbad bei Karau, nachdem das Damen-Schwimmbad und auch das Herrenbad nicht mehr existiert, voraussichtlich von nächster Woche an ein einzelnes Schwimmbad das Schwimmbad auch für Damen geöffnet wird. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch. Die Wasserwärme beträgt heute 18 Grad Reaumur und wird für die Zukunft regelmäßig veröffentlicht werden.

Im Abzug der Preise für Maßschuhe und Reparaturen wird von der freien Schuhmacherinnung Karlsruhe gefordert, daß die neuen Preisbestimmungen am 25. Juni ausgegeben wurden. In diesen ist eine Preisreduzierung bei neuer Arbeit von 20 Prozent und bei Reparaturen von 15 Prozent enthalten. Den Berechtigungen wurde der derzeitige Ledermarktpreis zugrunde gelegt. Durch die feste Haltung der Zutatenspreise und der Arbeitslöhne ist ein größerer Abbau in Maßschuhen und Reparaturen z. B. nicht möglich. Im Lederhandel ist z. B. völliger Stillstand eingetreten. Die Gerbereien halten ihre Vorräte fest und geben zu den heutigen Preisen nichts ab. Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden, und es können sich unbenutzte Elemente die sich auf dem Gebiete der Schuhmacherei und dem Lederwarenhandel betätigen, nicht mehr halten. Die Innung wird bestritten, daß ein besonderes Augenmerk auf die Gefundung des Schuhmacherberufs zu richten, um den Ausbau und die Weiterbildung in der soliden Herstellung der Schuhmacherarbeiten zu sichern.

Der Babische Dobermannpfänger-Verein, Sitz Karlsruhe, arbeitet emsig daran, um seine Spezialausstellung für Dobermannpfänger, die er der am 31. Juli und 1. August der vom babischen Anhaltenerband in Karlsruhe veranstalteten Ausstellung für Hunde aller Rassen angliedert, musterzünftig durchzuführen. Es sind jetzt schon zahlreiche Vorträge und namhafte Geldpreise gestiftet; insbesondere werden für Judgruppen hohe Zuschüsse ausbezahlt, um die edle Hundrasse, die infolge ihrer Verwendung im Felde stark gelitten hat, wieder in die Höhe zu bringen. Die Mitglieder des Vereins, sowie alle Besitzer von Dobermannpfängern werden dringend gebeten, ihre Hunde recht zahlreich zu melden. Programme und Anmeldepapiere gehen untern Mitgliedern in den nächsten Tagen zu. Weitere Interessenten können dieselben durch unsere Geschäftsstelle Herr Doktor Reuther in Karlsruhe, Poststraße 20 erhalten.

Colosseum. Unsere Kenntnisstube bietet in ihrem Programm eine ganz neue Unterhaltung. Daselbst wird eröffnet durch den komischen Pianist Moré, der allerdings nichts Neues zeigt. Ihm folgt eine feine Operettensängerin, Fr. Laura Bernauer, von deren Vorträgen besonders der letzte dem Publikum gefiel. Dorian und Paquita, ein elegantes Tänzerpaar, führt einige moderne Tänze vor; Holton, Paj usw. Auch ihre Darbietungen werden beifällig aufgenommen. Die beste Programmpunkte ist allerdings das Auftreten der beiden Genaro's, die sich als Meister-Gaulletrien produzierten. Der eine der beiden Künstler ist Kriegsbeschädigter Einbeiner, was jedoch der Sicherheit seines Auftretens keinerlei Eintrag tut und darum erntet er mit seinem Partner stürmischen Beifall. Der zweite Teil des Programms wird ausgefüllt mit Ringkämpfen. Dem Publikum wurden zunächst die amtierenden Ringer vorgestellt. Als erstes Paar traten am Sonntag auf der babische Meister Schaitner und der deutsche Meister v. d. Hehl. Das Ringen wurde nach 20 Minuten unentschieden abgebrochen. Es traten dann noch einige andere Kampfpaaire auf, wobei besonders Herr Goldstein durch seine flinken Bewegungen auffiel. Die Kampferpaare wechseln bekanntlich jeden Abend, so daß eifrige Colosseumbesucher Gelegenheit haben werden, alle bekanntesten Ringer und Vorer kennen zu lernen. Ein besonders feiner Sport ist das Ringen nicht, für die Zuschauer nur ein kleiner Nervenzitter.

Die Galerie Ross, Karlsruhe, Kaiserstraße 187, veranstaltet in der Zeit vom 1.—30. Juli 1920 eine Ausstellung von Forzheimern Künstler. Mit Gemälden und Zeichnungen sind dabei vertreten: Erwin Nischele, Alfred Wäldt, Oskar Gieser, Hermann Eberhard, Wilh. Rink, Rich. Keller und Eugen Binnat. Ferner haben ausgestellt: Graphik: Carl G. Kabis und Paul R. Meyer; Kunstgewerbliche Arbeiten: W. Gerwiniski, Hilfrid Oberle und Peter R. Weiffen.

Beste...
Kausa...
Tage...
Im...
1. Be...
2. Be...
3. Be...
4. Be...
5. Be...
6. Be...
7. Be...
8. Be...
9. Be...
10. Be...
11. Be...
12. Be...
13. Be...
14. Be...
15. Be...
16. Be...
17. Be...
18. Be...
19. Be...
20. Be...
21. Be...
22. Be...
23. Be...
24. Be...
25. Be...
26. Be...
27. Be...
28. Be...
29. Be...
30. Be...
31. Be...
32. Be...
33. Be...
34. Be...
35. Be...
36. Be...
37. Be...
38. Be...
39. Be...
40. Be...
41. Be...
42. Be...
43. Be...
44. Be...
45. Be...
46. Be...
47. Be...
48. Be...
49. Be...
50. Be...
51. Be...
52. Be...
53. Be...
54. Be...
55. Be...
56. Be...
57. Be...
58. Be...
59. Be...
60. Be...
61. Be...
62. Be...
63. Be...
64. Be...
65. Be...
66. Be...
67. Be...
68. Be...
69. Be...
70. Be...
71. Be...
72. Be...
73. Be...
74. Be...
75. Be...
76. Be...
77. Be...
78. Be...
79. Be...
80. Be...
81. Be...
82. Be...
83. Be...
84. Be...
85. Be...
86. Be...
87. Be...
88. Be...
89. Be...
90. Be...
91. Be...
92. Be...
93. Be...
94. Be...
95. Be...
96. Be...
97. Be...
98. Be...
99. Be...
100. Be...

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands

Ortsverwaltung Karlsruhe. An alle in und außerhalb des Berufes tätigen Metzgerarbeiter, Arbeiterinnen u. Verkäuferinnen hier!

Mittwoch, den 7. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr, findet im Verbandslokal „Weißer Stube“, Kaiserstraße 21, hier, eine

Öffentliche Metzger-Versammlung

Rat. Kollege Weiß, Gauleiter Frankfurt, spricht über: „Die Aufgabe der Gewerkschaften in heutiger Zeit.“

Die Erzeugung aller Fleisch- und Wurstwaren in den Kaufmännereien oder der Weg der Selbsthilfe für die Konsumenten. Alle Interessenten sind freundlich eingeladen. Für alle Mitglieder Erscheinungspflicht. 4354

Die Ortsverwaltung: Büro: Kaiserstraße 67 II, K. r. n.

Munz, sches Konservatorium

Prüfungs-Konzerte in der „Eintracht“ am 5., 7., 9., 12., 13., 14., 15. Juli jeweils abends 8 Uhr

Karten zu 3 und 6 Mark für alle Abende gültig und zu 1 und 2 Mk. für eine Aufführung in allen hiesigen Musikalienhandlungen und an der Abendkasse. 4353

Pferdefleisch-Verkauf.

Verkaufsstelle: Pferdeschlächterei Wihl, Raugold, Rheinstr. 46. Serie D. Flegelrote Karten Nr. 36501-38301

Berichtigung. In der Lebensmittelverteilungs-Anzeige des Nahrungsmittelamts der Stadt Karlsruhe, Samstagausgabe Seite 5, muß es unter 5. Speiseöl anstatt 500 Gramm heißen: 200 Gramm zum Preise von RM. 6.00 gegen die Marke J 141.

Auf Grund der Verordnung des Bad. Ministeriums des Innern vom 12. Juni 1920, Nr. 47826, werden folgende Preise für die Abgabe von Pferdefleisch und Pferdeschmalz an die Verbraucher festgesetzt:

Städt. Fischhalle hinter dem Bierordtsbad. Großer Preisabschlag! lebendfrischer See-Fische

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

ist die neue O Police der „Freia“ Bremen-Hannoverschen Lebensversicherungsbank & BERLIN W-9 Bellevuestr. 14

Keine ärztliche Untersuchung Keine erhöhten Prämien Volle Dividenden

Auskunft erteilt: Subdirektion: H. v. Westhoven, Karlsruhe, Kaiserstr. 198.

Woll- u. Baumwoll-Stoffe. Batist, weiß, gerippt, Meter 9.75 Waschmousseline, Mtr. 14.50 Popeline, 100 cm, viele Far- 29.50

Herren-Artikel. Oberhemden, farbig 84.00 Nachthemden, Körper 69.00 Schlafanzüge, gestreift 96.00

Maschinen-Garn 455 Meter Rolle 9.80

Stärke-Leib- und Haushalt-Wäsche übernimmt bei kurzer Lieferzeit

A. Bau Karlsruhe Annahmestellen: Augartenstraße 37, Laden Scherrstraße 10a

Circus Pierre Altkhoff. Nur noch kurze Zeit! Weichplatz, Karlsruhe. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr

Annahmestelle der Wäschanstalt & Rasenbleiche (Fr. Hollenbach)

Woll- u. Baumwoll-Stoffe. Wäschetuch, fein- und starklädig 14.50 Frottiertücher, Stk. 6.75

Herren-Artikel. Selbstbinder, breit 14.50 Strickbinder 12.00 Fertige Binder 4.75

Maschinen-Garn 455 Meter Rolle 9.80

Fahrräder, Nähmaschinen und sämtliche Ersatzteile Fahrradpneumatik

Zahle! höchste Preise für Kleider, Knöpfe, Schürzen, Wäsche und Gardinen

Erhebung von Einkommensteuer durch Lohnabzug.

In Ergänzung der Bestimmungen vom 21. Mai 1920 über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Lohnabzug — Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 832 — hat der Reichsfinanzminister für die Abfertigung der ohne Verwendung von Steuermarken gemachten Lohnabzüge folgende Erleichterung zugelassen:

Im allgemeinen dürfte es sich empfehlen, den Abzug ohne Verwendung von Steuermarken nur in den Gemeinden durchzuführen, in denen eine größere Anzahl von Arbeitnehmern wohnt, dagegen das Klebverfahren anzunehmen, wenn es sich in einer Gemeinde nur um einzelne Arbeitnehmer handelt.

Verordnung über die Preise für Schlachtvieh.

Vom 4. Juni 1920. Auf Grund des § 10 Abs. 3 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Kuchelvieh vom 15. Juli 1919 Reichs-Gesetzblatt S. 647

- I. Bei Rindern 1. gering genährten Rindern, einschließlich gering genährten Ferkeln (Klasse C) 240 RM. 2. fleischigen Rindern (Klasse B) 340 RM. 3. vollfleischigen Rindern (Klasse A) 380 RM.

Auf die im Artikel 1 genannten Preise finden die §§ 8, 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Kuchelvieh Anwendung, auch soweit es sich um Schafe handelt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Berlin, den 4. Juni 1920. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Herms.

Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Verwendung des Weizenbrotens aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtfleischen vom 4. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 40) sowie des § 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Kuchelvieh vom 15. Juli 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 647)

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Berlin, den 4. Juni 1920. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Herms.

Vorliegendes bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. Karlsruhe, den 28. Juni 1920. Sabisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Montag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

Darlehen bei Wohlhabendheit verlangen Sie durch Karl Adersmann, Karlsruhe, Blumenstr. 12, Tel. 3993.